

Markus Grübel

Aktuelles aus dem Bundestag

Nr. 4 | 6. März 2020



Foto: Tobias Koch

1. Aktuelle Lage an der griechisch-türkischen Grenze

Die dramatische Lage an der griechisch-türkischen Grenze beschäftigt uns im Bundestag sehr. Die Bilder vom Einsatz von Wasserwerfern und Tränengas an der Außengrenze der EU zur Türkei sind schlimm, sie zeugen aber auch von der Notlage, in der Griechenland sich angesichts der vollen Auffanglager und der neuen Flüchtlingswelle befindet. Diese Woche wurde in vielen Gremien über die Lage an der europäischen Außengrenze und im syrischen Idlib gesprochen. Denn die dramatische Lage in der nordsyrischen Region hat direkte Auswirkungen auf die Flüchtlingssituation in der Türkei. Nachdem das Assad-Regime, unterstützt von Russland, eine Offensive gegen die Rebellen in der Region Idlib gestartet hatte, sind seit Dezember 2019 etwa eine Million Zivilisten vertrieben worden. Es handelt sich vermutlich um die schwerste humanitäre Krise seit Ausbruch des Bürgerkriegs, die Lage ist erschütternd und folgenschwer.

Viele der Vertriebenen suchen Zuflucht in der Türkei, die seit Beginn des syrischen Bürgerkrieges rund 3,7 Millionen Flüchtlinge

aufgenommen hat. Eine Situation wie 2015 darf sich nicht wiederholen. Wir sollten solchen Vorschlägen zur Aufnahme von Flüchtlingskontingenten, wie dem von Grünen-Chefin Annalena Baerbock, vorsichtig gegenüberstehen. Wir dürfen keine falschen Signale senden. Deutschland kann hier keinen Alleingang machen, wir müssen der Situation gemeinsam mit unseren EU-Partnern entgegentreten und die Flüchtlinge gerecht verteilen. Wichtig ist auch, dass wir unsere **Außengrenzen schützen**, deshalb wird die europäische Grenzagentur FRONTEX an der Grenze zur Türkei aktiv. Meine Meinung ist, dass wir an der EU-Türkei-Vereinbarung festhalten und sie weiterentwickeln müssen. Gleichzeitig könnten wir es aber nicht tolerieren, dass Erdogan die Flüchtlinge mit Bussen zur Grenze bringen ließe, hier müssen wir ein Umsteuern Erdogans zur Bedingung für weitere Zahlungen machen.

Um die Wurzel des Problems zu bekämpfen ist es vor allem wichtig, die Situation in Idlib zu beruhigen. Dazu ist es gut, dass die Türkei und Russland nun eine Waffenruhe ausgehandelt

haben und einen Sicherheitskorridor zu beiden Seiten der Autobahn M4 in Idlib eingeführt haben. Das wichtigste ist aber zunächst, die humanitäre Notlage in der syrischen Region zu entschärfen. Deshalb wird die deutsche Regierung kurzfristig zusätzliche 100 Millionen Euro für **humanitäre Soforthilfe** in Idlib bereitstellen. Ich unterstütze nach wie vor den Vorschlag von Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer zur Einführung einer internationalen **Schutzzone** im Norden Syriens.

2. Gespräche beim UN Menschenrechtsrat

Diese Woche war ich beim UN Menschenrechtsrat in Genf und habe mit unseren internationalen Partnern über die weltweite Lage der Religionsfreiheit gesprochen.



Markus Grübel vor dem UN-Gebäude in Genf. (Foto: MIK)

3. Jesidische Frauen unterstützen

Viele jesidische Frauen und ihre Kinder, die infolge sexualisierter Gewalt entstanden sind, leben immer noch in Flüchtlingslagern. Über ihre Situation habe ich mit der Journalistin Düzen Tekkal und der parlamentarischen Staatssekretärin Maria Flachsbarth gesprochen. Dabei ging es auch darum, wie Deutschland hier helfen kann. Das BMZ fördert zum Beispiel bisher psychosoziale Angebote vor Ort.



PStS Maria Flachsbarth, Markus Grübel und Düzen Tekkal. (Foto: MIK)

4. Lage der Christen in Syrien

Mit hochrangigen Vertretern der orthodoxen Kirche in Syrien habe ich mich diese Woche ausgetauscht. Dabei ging es um die Situation der Christen in Syrien sowie um die wirtschaftliche und humanitäre Lage. Die Christen in Syrien brauchen unsere Solidarität und Ermutigung. Deshalb unterstütze ich auch die Misereor Fastenaktion 2020 „Gib Frieden“, die einen wichtigen Schwerpunkt setzt, indem sie auf die Situation der betroffenen syrischen Flüchtlinge in

Syrien und Libanon aufmerksam macht. Auch die Bundesregierung möchte Flüchtlingen eine Perspektive geben. Sie unterstützt geflüchtete Syrerinnen und Syrer vor allem durch Bildung, Beschäftigung und psychosoziale Angebote.

5. Gespräch zum Thema Trauerbegleitung

Mit den Vorstandsmitgliedern Norbert Mucksch und Annette Wagner vom Bundesverband Trauerbegleitung e.V. (BVT) habe ich diese Woche über Trauerbegleitung und die Bedürfnisse von Menschen gesprochen, die einen Angehörigen verloren haben. Wir müssen Trauernden helfen, wieder in den Alltag zurückzufinden.



Norbert Mucksch, Annette Wagner und Markus Grübel im Paul-Löbe-Haus. (Foto: CLi)

6. Gerichtsurteil zur Sterbehilfe

Letzte Woche hat das Bundesverfassungsgericht den Sterbehilfeparagrafen gekippt. Ab jetzt ist geschäftsmäßige Sterbehilfe wieder erlaubt. Das Urteil bereitet mir Sorge, da Sterbehilfevereine jetzt aktiv werben dürfen. Ich finde, der Schutz des Lebens hat bis zum Ende oberste Priorität. Bisher hat das Bundesverfassungsgericht Selbstbestimmung und Lebensschutz gegeneinander abgewogen und einen Ausgleich herbeigeführt. Deshalb hat mich das Urteil in seiner einseitigen Betonung der Selbstbestimmung überrascht und erschreckt. Das Urteil ist eine fundamentale Wende im Denken über Lebensschutz und selbstbestimmtes Sterben. Ich habe zwei Bedenken bei dem Urteil: Zum einen gilt es nicht nur für Schwerkranke, sondern für alle Menschen, auch Menschen in einer aktuellen seelischen Krise darunter auch junge Menschen. Also Situationen, die viele durchmachen. Ich sehe auch die Gefahr, dass der Tod zum Geschäft wird.

Jetzt ist die Politik aufgefordert schnell einen neuen Rechtsrahmen zu setzen. Dazu gehört eine verpflichtende Beratung, Schutz vor Übereilung und ganz besonders der Schutz von Minderjährigen. Sterbehilfe darf auch nicht zum Geschäftsmodell werden. Es darf auch kein hochwirksames Gift ungesichert in Umlauf gebracht werden. Das heißt auch geschützter Transport und kontrollierte Entsorgung, wenn der Sterbewunsch aufgegeben wird.

Impressum

Markus Grübel MdB | Abgeordnetenbüro Berlin
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Telefon: 030-227 719 73 | Telefax: 030-227 769 64
E-Mail: markus.gruebel@bundestag.de

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Sie möchten diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Dann schreiben Sie bitte eine E-Mail an markus.gruebel@bundestag.de!